RECHTSANWÄLTE & STEUERBERATER

ANZEIGE

Wer zu Unrecht Arbeitslosengeld (Symbolbild) bezogen hat, kann zur Zurückzahlung der Sozialhilfe aufgefordert werden. In einem konkreten Fall geht es um 152.000 Euro. Foto: Sebastian Gollnow, dpa

Vermögen verschwiegen? Amt kann Sozialhilfe zurückfordern

Zu Unrecht bezogenes Arbeitslosengeld muss zurückgezahlt werden.

Wer staatliche Leistungen beantragt und dabei fehlerhafte Angaben macht oder wichtige Informationen verschweigt, muss das Geld unter Umständen zurückzahlen. So weit, so gut – und bei der Antragstellung wird man darauf in der Regel auch hingewiesen.

Wie schmerzhaft eine Rückzahlung dann tatsächlich sein kann, zeigt etwa ein Urteil des Landessozialgerichts (LSG) Stuttgart (Az. L 2 AS 1363/22), auf das der Deutsche Anwaltverein hinweist. In dem Fall hatte eine Frau jahrelang Arbeitslosengeld (ALG) II bezogen und dabei verschwiegen, dass sie Miteigentümerin einer Wohnung war.

Nach eigenen Angaben handelte die Frau nicht in böser Absicht. Sie hatte die Wohnung 1997 mit ihrem inzwischen dauernd getrennt lebenden Ehemann für 220.000 DM gekauft und von 2004 bis 2018 in ihren Anträgen auf ALG II nicht als Vermögen angegeben.

Nach der Trennung habe sie sich nicht mehr um die Wohnung gekümmert und gedacht, dass diese wegen der noch bestehenden Darlehensverbindlichkeiten ohnehin nicht für relevant für die Sozialhilfe sei.

Eine fatale Fehleinschätzung: Als sie ihre Miteigentümerschaft Jahre später in einem Antrag angab, forschte das Jobcenter genauer nach. Es stellte fest, dass die Wohnung auf dem freien Markt etwa 208.000 Euro bringen würde, womit sie auch abzüglich von Verbindlichkeiten als Vermögen anrechenbar ist.

Die über die Jahre gezahlten Leistungen in Höhe von fast 152.000 Euro muss die Frau daher zurückzahlen. Ihre Klage gegen die Rückzahlung hat das LSG Stuttgart in zweiter Instanz abgewiesen, insbesondere, weil sie ihre falschen Angaben wiederholt und die Wohnung auch mehrfach verschwiegen hatte.

Wann Wohnungseigentum anrechenbar ist

Inzwischen hat das Bürgergeld das Arbeitslosengeld II als Grundsicherung abgelöst. Auch hier gilt: Unterstützung bekommt nur, wer wirklich hilfsbedürftig ist, also nicht selbst oder innerhalb der Bedarfsgemeinschaft über ein gewisses Einkommen oder Vermögen verfügt. Ist das der Fall, muss zunächst das eigene Vermögen für die Bestreitung des Lebensunterhalts herangezogen werden, bevor es finanzielle Hilfe vom Staat gibt.

Innerhalb des ersten Jahres des Bürgergeldbezugs, der Karenzzeit, darf das Vermögen nicht mehr als 40.000 Euro für die erste leistungsberechtigte Person der Bedarfsgemeinschaft betragen. Für jede weitere Person liegt die Grenze bei 15.000 Euro. Nach der Karenzzeit liegt der Freibetrag für jede Person in der Bedarfsgemeinschaft bei 15.000 Euro. Besitzt man Wohnungseigentum oder andere Vermögenswerte oberhalb der Grenze, ist es bei Antragstellung relevant.

Wohnungseigentum wird allerdings nur dann als verwertbares Vermögen herangezogen, wenn man nicht selbst darin wohnt. Selbst bewohnte Häuser und Wohnungen bleiben in der Karenzzeit nämlich unberücksichtigt. Danach bleiben sie nur dann irrelevant, wenn sie bestimmte Größen nicht übersteigen, die als angemessen angesehen werden. Für eine vierköpfige Familie etwa liegt diese Grenze bei 140 Quadratmetern Wohnfläche bei Hausgrundstücken sowie bei 130 Quadratmetern bei Eigentumswohnungen. (dpa)

Was passiert, wenn der Arbeitgeber zu viel Lohn überwiesen hat

Steckt ein Fehler dahinter, lassen sich keine Ansprüche ableiten.

Enthält die Lohnabrechnung falsche Angaben, können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verlangen, eine irrtümlich ausgewiesene Summe ausgezahlt zu bekommen. Über ein entsprechendes Urteil des Landesarbeitsgerichts Köln (Az. 7 SLa 378/24) berichtet das Fachportal Haufe.de.

Im Kern der Entscheidung ging es um die Frage: Was passiert, wenn der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin falsch abrechnet? Geklagt hatte ein Arbeitnehmer, der die Ansicht vertrat, er habe Anspruch auf den Lohn gemäß seiner Abrechnung. Diese wies wegen einer fehlerhaften Neuberechnung des Gehalts im August 2023 eine Gutschrift zugunsten des Arbeitnehmers in Höhe von fast 7000 Euro aus.

Der seit längerem arbeitsunfähig erkrankte Arbeitnehmer forderte laut Haufe.de die Auszahlung des Betrags und machte zudem Schadenersatz geltend. Seine Krankenkasse forderte eine Nachzahlung, da sie vermutete, zu viel Krankengeld geleistet zu haben.

Lohnabrechnung ist keine Anspruchsgrundlage

Vor dem LAG Köln hatte der Arbeitnehmer keinen Erfolg. Zum einen stellt eine Lohnabrechnung dem Gericht zufolge keine Anspruchsgrundlage dar. Zum anderen sei die besagte Lohnabrechnung, die auf mehreren Rückrechnungen basierte, offensichtlich falsch, lautete das Urteil.

Eine Lohnabrechnung stelle regelmäßig keine rechtsgestaltende Willenserklärung dar, begründeten die Richter ihre Entscheidung. Sie dient primär Informationszwecken. Sie hat laut Urteil auch nicht den Zweck, streitig gewordene Ansprüche endgültig festzulegen.

Bei einem Irrtum könne keine Seite die andere am Inhalt der Mitteilung festhalten. Laut des Urteils hat der Kläger demnach weder Anspruch auf Zahlung der geforderten Summe, noch auf einen Schadenersatz. (dpa)

Arbeitsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Lang, Tiemann & Kollegen Rechtsanwaltskanzlei	Armin Jäger Rechtsanwalt	Ludwigstr. 22 97070	Tel. 0931 / 3590140 info@LTK-rechtsanwaelte.de
HSP Hauser, Schmidt-Sauerbrei & Dr. Pongratz PartGmbB	Bettina M. Oesman Fachanwältin für Arbeitsrecht	Domstr. 2, 97070 Würzburg Marktpl. 7, 97941 TBB	Tel. 0931 / 3293739-0 info@hsp-kanzlei.com
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Achim Stehle Fachanwalt für Arbeitsrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal
Geus & Richter Rechtsanwälte	Daniele Eck Fachanwältin für Arbeitsrecht	Rückertstr. 30 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 4766620 www.geus-richter.de
Geus & Richter Rechtsanwälte	Dorothea Schäff Fachanwältin für Arbeitsrecht	Rückertstr. 30 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 4766620 www.geus-richter.de
Eckstein & Vollmert Rechtsanwaltskanzlei	Martin Vollmert Rechtsanwalt	Am Zeughaus 19 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 605690 www.eckstein-vollmert.de
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Susanne Dörner Fachanwältin für Arbeitsrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

Bau- und Architektenrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Schæfer Kanzlei für Wirtschaftsrecht	Ulrich Schäfer, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Augustinerstr. 22 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 76024019 office@wue-lex.de
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Lars Wirth Rechtsanwalt	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

Baurecht (öffentliches)

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Lang, Tiemann & Kollegen Rechtsanwaltskanzlei	Michael Tiemann Rechtsanwalt	Ludwigstr. 22 97070	Tel. 0931 / 3590140 info@LTK-rechtsanwaelte.de

Baurecht (privates)

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Lang, Tiemann & Kollegen Rechtsanwaltskanzlei	Michael Tiemann Rechtsanwalt	Ludwigstr. 22 97070	Tel. 0931 / 3590140 info@LTK-rechtsanwaelte.de

Ehe- und Familienrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff, Mediatorin BAFM/QVM Fachanwältin für Familienrecht	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de
Graf und Herrmann Rechtsanwaltskanzlei	Rainer Graf Rechtsanwalt	Theaterstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 3225230 kanzlei@rae-graf.de

Ehescheidungsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff, Mediatorin BAFM/QVM Fachanwältin für Familienrecht	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de
Graf und Herrmann Rechtsanwaltskanzlei	Rainer Graf Rechtsanwalt	Theaterstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 3225230 kanzlei@rae-graf.de
Eckstein & Vollmert Rechtsanwaltskanzlei	Werner Eckstein Rechtsanwalt	Am Zeughaus 19 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 605690 www.eckstein-vollmert.de

Erbrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff Mediatorin BAFM/QVM	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de
Doris Eckert Rechtsanwaltskanzlei	Doris Eckert Rechtsanwältin	Spitalstr. 3-5 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 186542 www.ra-doriseckert.de
Schæfer Kanzlei für Wirtschaftsrecht	Ulrich Schäfer, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Augustinerstr. 22 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 76024019 office@wue-lex.de
Rechtsanwaltskanzlei Berger	Christian Berger Fachanwalt für Erbrecht	Hofweg 22 97209 Veitshöchheim	Tel. 0931 / 45467929 www.fachanwalt-berger.de
Eckstein & Vollmert Rechtsanwaltskanzlei	Martin Vollmert Rechtsanwalt	Am Zeughaus 19 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 605690 www.eckstein-vollmert.de
Lothar Wegener Anwaltskanzlei	Lothar Wegener Fachanwalt für Erbrecht	Berliner Platz 2 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 3215252 www.kanzlei-wegener.de
Magers & Spieß Rechtsanwälte	Bärbel Magers Fachanwältin für Erbrecht	Manggasse 18a 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 71610 info@magers-spiess.de

Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff Rechtsanwältin	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de
Dr. Zacher-Röder | Eichner Rechtsanwälte	Claudia Eichner Fachanwältin für Erbrecht	Leistenstr. 12 97082 Würzburg	Tel. 0931 / 85544 www.anwaltshaus-wuerzburg.de

Erklärungszeile: DAA = Deutsche Anwalts Akademie, DAV = Deutscher Anwaltsverein, RA = Rechtsanwalt, FA = Fachanwalt, TS = Tätigkeitsschwerpunkt, IS = Interessenschwerpunkt, StB = Steuerberater, WP = Wirtschaftsprüfer, vBP = vereidigte Buchprüfer

RECHTSANWÄLTE & STEUERBERATER

ANZEIGE

Familienrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff, Mediatorin BAFM QVM Fachanwältin für Familienrecht	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de

Gesellschaftsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Geno Biere, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

GmbH-Recht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
HSP Hauser, Schmidt-Sauerbrei & Dr. Pongratz PartGmbB	Dr. Eckard L. Pongratz Fachanwalt für Insolvenzrecht	Domstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 3293739-0 info@hsp-kanzlei.com

Grundstücksrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Dr. Spilling Rechtsanwaltskanzlei	Dr. Spilling Tätigkeitsbereich Immobilien	Oeggstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 4047110 kanzlei@ra-spilling.de

Handels- und Gesellschaftsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Schæfer Kanzlei für Wirtschaftsrecht	Ulrich Schäfer, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Augustinerstr. 22 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 76024019 office@wue-lex.de

Immobilienrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Martin Faller Rechtsanwalt	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

IT-Recht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Ferdinand Herold, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal
Pöhner Scharfenberger Inh. Dr. B. Scharfenberger	Eva Specht Rechtsanwältin	Kaiserstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 14566 info@mainpat.de

M&A (Mergers & Acquisitions)

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Ferdinand Herold, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Geno Biere Fachanwalt für Steuerrecht	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

Marken- und Musterrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Pöhner Scharfenberger Inh. Dr. B. Scharfenberger	Dr. Burkhard Scharfenberger Patentanwalt	Kaiserstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 14566 info@mainpat.de
IP-Götz Patent- und Rechtsanwälte PartG mbB	Jürgen Veh Rechtsanwalt	Am Stein 12 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 286410 info@ip-goetz.de
advotec. Patent- und Rechtsan- waltspartnerschaft Tappe mbB	Dr. Markus Kafara Patentanwalt	Beethovenstr. 5 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 79698-0 www.advotec.de

Medizinrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Hamann Rechtsanwaltskanzlei	Christoph Klaus Hamann Master of Laws (LL.M.)	Am Schloss 1 97084 Würzburg	Tel. 0931 / 73048915 info@rechtsanwalthamann.de

Miet- und Pachtrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Dr. Spilling Rechtsanwaltskanzlei	Dr. Spilling Rechtsanwalt	Oeggstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 4047110 kanzlei@ra-spilling.de
Schæfer Kanzlei für Wirtschaftsrecht	Ulrich Schäfer, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Augustinerstr. 22 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 76024019 office@wue-lex.de

Mietrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Lang, Tiemann & Kollegen Rechtsanwaltskanzlei	Armin Jäger Rechtsanwalt	Ludwigstr. 22 97070	Tel. 0931 / 3590140 info@LTK-rechtsanwaelte.de
Geus & Richter Rechtsanwälte	Daniele Eck, Fachanwältin für Miet- & Wohnungseigentumsrecht	Rückertstr. 30 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 4766620 www.geus-richter.de
Graf und Herrmann Rechtsanwaltskanzlei	Rainer Graf Rechtsanwalt	Theaterstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 3225230 kanzlei@rae-graf.de
Magers & Spieß Rechtsanwälte	Bärbel Magers, FA für Miet- und Wohnungseigentumsrecht	Manggasse 18a 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 71610 info@magers-spiess.de

Erklärungszeile: DAA = Deutsche Anwalts Akademie, DAV = Deutscher Anwaltsverein, RA = Rechtsanwalt, FA = Fachanwalt, TS = Tätigkeitsschwerpunkt, IS = Interessenschwerpunkt, StB = Steuerberater, WP = Wirtschaftsprüfer, vBP = vereidigte Buchprüfer

Achtung Baustelle: Hier ist es relativ eindeutig, doch so ganz klar ausgewiesen sind Baustellenbereiche nicht immer, wie ein Fall vor Gericht zeigte. Foto: Karl-Josef Hildenbrand, dpa

Mann baut Unfall in Baustelle – und will Schadenersatz

Unabhängig von Schildern muss man rund um Baustellen aufpassen.

Wer in einen bisher nicht freigegebenen Baustellenbereich einfährt, hat entweder gegen seine Sorgfaltspflicht oder gegen das Sichtfahrgebot verstoßen. Für entstandene Schäden am eigenen Fahrzeug haftet man dann in der Folge auch anteilig selber.

Selbst dann, wenn die Absicherung der Baustelle insgesamt unzureichend war und die Verkehrssicherungspflicht verletzt wurde. Das zeigt eine Entscheidung (Az.: 2 U 30/24) des Oberlandesgerichts (OLG) Brandenburg, auf die der ADAC hinweist.

War die Baustelle ausreichend gesichert oder nicht?

In dem Fall ging es um eine Schadenersatzklage: Ein Mann war in einen Baustellenbereich eingefahren, der sich an einer Autobahnraststätte befand. Dort war ein Teil der Fahrbahn abgefräst. Ein Einbahnstraßenschild und rot-weiße Schrankenzäune markierten die Stelle.

Dennoch fuhr der Mann dort hinein und beschädigte sein Auto erheblich. Darauf hin wandte er sich an die zuständige Behörde und verlangte Schadenersatz. Seine Sichtweise: Die Baustelle sei nicht ausreichend gesichert gewesen.

Zwar hätte er das Einbahnstraßenschild gesehen, auch die Schrankenzäune. Doch verwies er auf einen derart großen Abstand zwischen ihnen, dass er dachte, die Fahrbahn sei wieder befahrbar gewesen. Als er einfuhr, habe er zudem einen vorhandenen Rechtsfahrpfeil nicht erkennen können.

Der betroffenen Versicherung indes genügte die Absicherung vor Ort – die Baustelle als solche wäre gut erkennbar gewesen. Sie verweigerte eine Zahlung und so ging die Sache vor Gericht.

Das endete mit einem Teilerfolg für den Autofahrer. Denn es wurde festgestellt, dass speziell der ausgekofferte Bereich nur durch weit auseinanderstehende Schrankenzaun-Elemente gesichert worden war. Der Gefahrenbereich war weder gesondert beleuchtet noch kenntlich gemacht. So fehlten Absperrfahnen, Baken oder weitere Abschrankungen. Das Gericht bestätigte zudem, dass durchaus der Eindruck einer Fahrbahn zwischen den Schrankenelementen entstehen konnte. Der besagte Rechtspfeil (Verkehrszeichen 209) sei nicht ordnungsgemäß angebracht gewesen.

So kam die Kammer zum Schluss: Die Baustelle war insgesamt nur unzureichend gesichert und die Verkehrssicherungspflicht wurde verletzt.

Gericht sieht aber auch Mitschuld des Autofahrers

Aber auch den Autofahrer trifft eine Mitschuld, wie das Gericht feststellte. Denn es gelte das sogenannte Sichtfahrgebot, das Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen verpflichtet, ihr Fahrverhalten an unübersichtliche Situationen anzupassen.

Dass der Autofahrer überhaupt in die Baustelle geraten ist, zeige, dass er entweder gegen das Sichtfahrgebot oder gegen die allgemeinen Sorgfaltspflichten aus Paragraf 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) verstoßen haben muss, so die Richter. Deshalb habe er zwei Fünftel der entstandenen Schäden selbst zu tragen. (dpa)

Nutzung von Radarwarnern oder Blitzer-Apps kann drastische Strafen nach sich ziehen

Während hierzulande ein Bußgeld droht, geht es im Ausland strenger zu.

Die Nutzung von Radwarn- und Störgeräten ist in Deutschland verboten. Technisch nur dazu bestimmte Geräte, wie etwa reine Radarwarner, darf man noch nicht einmal betriebsbereit mitführen. Darauf verweist der ADAC. Entsprechende Funktionen auf anderen Geräten – wie Apps auf Handys oder Navis – dürfen nicht verwendet und müssen ausgeschaltet werden.

Auch wer mit einem ausländischen Auto nach Deutschland reist, ist besser vorsichtig: Viele Fahrzeuge haben eingebaute Radarwarnfunktionen oder Fahrer und Fahrerinnen nutzen Apps, die in anderen Ländern legal sind, sagt Rechtsanwalt Gregor Samimi. Das führe zu der falschen Annahme, dass sie auch in Deutschland erlaubt seien. Sein Tipp: „Bei grenzüberschreitenden Fahrten sollte man sich über die jeweiligen Vorschriften informieren

„Kontrahenten“ Seite an Seite: Links eine aktive Blitzer-Warnapp auf dem Handy, rechts daneben ein Radar-Messgerät. Foto: Lino Mirgeler, dpa

und gegebenenfalls Funktionen in Deutschland deaktivieren.“ Auch in den meisten europäischen Ländern ist die Benutzung von reinen Radarwarn- oder Störgeräten verboten. Allerdings gibt es keine einheitliche Regelung, erklärt der ADAC, der im Netz die Regeln in diversen Ländern auflistet. Manchmal sind gewisse Navi-Funktionen oder Blitzer-Apps erlaubt. Dazu sollten sich Reisende vor dem Losfahren informieren. Denn während in Deutschland lediglich ein Bußgeld von 75 Euro sowie ein Punkt in Flensburg drohen, listet der Verkehrsclub für andere Länder teils hohe Geld- oder sogar Haftstrafen auf.

Während in Österreich etwa GPS-Navigationsgeräte mit einem POI-Warner als „Ankündigungsfunktion“ laut ADAC erlaubt sind, sind Radarwarngeräte, mit denen technische Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung beeinflusst oder gestört werden können, verboten. Wer sie am Auto anbringt oder mitführt, muss mit einer Strafe von bis zu 5000 Euro rechen.

In Belgien sind für Radarwarner Geldstrafen oder Haftstrafen von 15 Tagen bis zu drei Monaten möglich. (dpa)

RECHTSANWÄLTE & STEUERBERATER

ANZEIGE

Eine Scheidung (Symbolbild) verändert vieles. Unter anderem kann das auch Einfluss auf mündliche Absprachen mit den Schwiegereltern haben. Foto: Patrick Pleul, dpa

Nach Scheidung: Schwiegereltern können den Kredit zurückfordern

Wenn es um viel Geld geht, sind familiäre Absprachen rechtlich bindend.

Wenn es finanziell eng wird, helfen Eltern und Schwiegereltern mitunter gerne aus – sofern sie können. Dass sie sogar einen Kredit über 250.000 Euro aufnehmen, um dem überschuldeten Schwiegersohn aus der Klemme zu helfen, ist wohl aber eher die Ausnahme.

Vereinbaren die Parteien darüber eine Rückzahlung, kann sich der Schwiegersohn auch nach der Scheidung nicht aus der Verantwortung ziehen – er muss zahlen. Auf ein entsprechendes Urteil des Landgerichts Frankfurt (Az. 2-23 O 701/23) weist die Arbeitsgemeinschaft Familienrecht des Deutschen Anwaltvereins hin.

In dem konkreten Fall hatte der Mann ein Wohnhaus geerbt und benötigte dringend Geld, um die Immobilie erhalten zu können. Dessen Bank hatte ihm bereits einen Kredit gekündigt.

Die damaligen Schwiegereltern nahmen daraufhin den Kredit über eine Viertelmillion Euro auf, um die Restschuld des gekündigten Kredits abzulösen. Sie verabredeten mündlich, dass der Schwiegersohn sowohl für Zins und Tilgung des Kredits aufkommt.

Rechtsbindungswillen hängt von Umfang der Gefälligkeit ab

Einige Jahre klappte das auch gut, die Scheidung des jungen Paares brachte dann aber die Wende. Der Mann erklärte, die Raten aufgrund der Unterhaltsleistungen an seine Ex-Frau nicht mehr zahlen zu können, der Fall ging vor Gericht.

Und das gab den Klägern recht, der ehemalige Schwiegersohn muss den noch offenen Darlehensbetrag von 190.000 Euro vollständig zurückzahlen.

Die Begründung: Zwar könne man bei einer Verabredung innerhalb der Familie von einem reinen Gefälligkeitsverhältnis sprechen, also einer Handlung aus reiner Freundschaft oder Kollegialität. Dann würde ein rechtlicher Bindungswillen an die Vereinbarung fehlen.

Weil es hier aber um eine Viertelmillion Euro ging, könne es sich keineswegs um eine Gefälligkeit des täglichen Lebens handeln. Auch die Interessenlage der Schwiegereltern spreche vielmehr für einen eingegangenen Rechtsbindungswillen, weil diese mit der Aufnahme des Kredits ein erhebliches Risiko eingegangen seien. (dpa)

Gericht klärt Vaterschaft: Mutter wird ebenfalls an Kosten beteiligt

Beide Beteiligten mussten die Kosten tragen. Welche Gründe das hatte.

Bestehen berechtigte Zweifel an der Vaterschaft? Dann kann im Ernstfall eine gerichtliche Klärung samt Vaterschaftstest helfen. Für die Kosten eines solchen Prozesses müssen dann beide Elternteile aufkommen, nicht nur etwa der Vater. Das zeigt die Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt (Az. 6 WF 155/24), auf das die Arbeitsgemeinschaft Familienrecht des Deutschen Anwaltvereins hinweist.

In dem konkreten Fall stritten die Mutter und der biologische Vater des Kindes um die Kosten eines Abstammungsverfahrens.

Kann Klarheit über die Abstammung eines Kindes bringen: ein Vaterschaftstest. Für den müssen gegebenenfalls beide zahlen. Foto: Franziska Gabbert, dpa

Zweifel des Vaters waren berechtigt

Auf Grundlage eines Sachverständigengutachtens hatten die Richter zuvor festgestellt, dass der Mann der biologische Vater des Kindes ist. Die Verfahrenskosten teilte das Gericht genau hälftig zwischen Vater und Mutter. Die Mutter legte dagegen Beschwerde ein – ohne Erfolg. Die Begründung der Richter: Weil der Mann zur Empfängniszeit der Frau weder eine Beziehung mit ihr geführt noch mit ihr zusammengelebt hat, habe er keine konkreten Einblicke in ihre Lebensverhältnisse gehabt. Seine Zweifel an der Vaterschaft seien daher berechtigt gewesen, dem Mann habe nicht zugemutet werden können, die Vaterschaft bereits außergerichtlich ohne gutachterliche Klärung durch einen Sachverständigen anzuerkennen. Zwar hatte die Frau angegeben, in der Empfängniszeit nur mit dem Mann Verkehr gehabt zu haben. Ob das stimmt, habe der dieser aber nicht beurteilen können.

Zudem betonten die Richter, dass beide das Verfahren gleichermaßen veranlasst hatten, weil sie in der für die Zeugung infrage kommenden Zeit miteinander Geschlechtsverkehr hatten. Die Kosten hälftig zu teilen, sei darum gerechtfertigt. (dpa)

Mietrecht (gewerblich)

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Graf und Herrmann Rechtsanwaltskanzlei	Rainer Graf Rechtsanwalt	Theaterstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 3225230 kanzlei@rae-graf.de
Magers & Spieß Rechtsanwälte	Bärbel Magers, FA für Miet- und Wohnungseigentumsrecht	Manggasse 18a 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 71610 info@magers-spiess.de
Geus & Richter Rechtsanwälte	Daniele Eck, Fachanwältin für Miet- & Wohnungseigentumsrecht	Rückertstr. 30 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 4766620 www.geus-richter.de
BIERE DÖRNER FALLER Rechtsanwälte PartG mbB	Livia Heinrich Rechtsanwältin	Landwehrstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 870985-0 mail@bdf.legal

Patentanwälte

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
IP-Götz Patent- und Rechtsanwälte PartG mbB	Georg Götz, LL.M. Patentanwalt	Am Stein 12 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 286410 info@ip-goetz.de
advotec. Patent- und Rechtsanwaltspartnerschaft Tappe mbB	Dr. Christiane Katja Schwager Patentanwältin	Beethovenstr. 5 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 79698-0 www.advotec.de
Pöhner Scharfenberger Inh. Dr. B. Scharfenberger	Dr. Burkhard Scharfenberger Patentanwalt	Kaiserstr. 33 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 14566 info@mainpat.de

Reiserecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Anwaltskanzlei Rodegra	Kay P. Rodegra Rechtsanwalt	Schweinfurter Str. 6 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 4654218 www.rodegra-law.de

Sozialrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Eckstein & Vollmert Rechtsanwaltskanzlei	Katja Potzel Rechtsanwalt	Am Zeughaus 19 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 605690 www.eckstein-vollmert.de

Steuerrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Lang, Tiemann & Kollegen Rechtsanwaltskanzlei	Ulrike Lang Rechtsanwältin	Ludwigstr. 22 97070	Tel. 0931 / 3590140 info@LTK-rechtsanwaelte.de

Steuerrecht international

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Kanzlei Willi Fuhren StB + vBP	Dipl.-Btw. Willi Fuhren FB für int. Steuerrecht	Berliner Platz 6 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 322100 www.fuhren.de

Steuerstrafrecht / Selbstanzeige

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Kracht Rechtsanwälte Anwaltskanzlei	Dr. Heinz Kracht Rechtsanwalt (DAV)	Am Sonnenberg 33 97078 Würzburg	Tel. 0931 / 35827325 www.kracht-rechtsanwaelte.de
Kanzlei Willi Fuhren StB + vBP	Dipl.-Btw. Willi Fuhren FB für int. Steuerrecht	Berliner Platz 6 97080 Würzburg	Tel. 0931 / 322100 www.fuhren.de

Testamente und Überlassungsverträge

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Dr. Zacher-Röder | Eichner Rechtsanwälte	Claudia Eichner Fachanwältin für Erbrecht	Leistenstr. 12 97082 Würzburg	Tel. 0931 / 85544 www.anwaltshaus-wuerzburg.de
Iris Harff Rechtsanwältin	Iris Harff, Mediatorin BAFM/QVM Rechtsanwältin	Sanderstr. 31 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 56682 info@fachanwaeltin-harff.de

Urheber- und Wettbewerbsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Schæfer Kanzlei für Wirtschaftsrecht	Ulrich Schäfer, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht	Augustinerstr. 22 97070 Würzburg	Tel. 0931 / 76024019 office@wue-lex.de

Verkehrsstrafrecht/Ordnungswidrigkeitsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Magers & Spieß Rechtsanwälte	Ulrich Spieß, Fachanwalt für Verkehrs- und Strafrecht	Manggasse 18a 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 71610 info@magers-spiess.de
Wolfgang Drexler Rechtsanwaltskanzlei	Wolfgang Drexler Fachanwalt für Verkehrsrecht	Theaterstr. 2 97070 Würzburg	Tel. 0931/ 54646 kanzlei@ra-w-drexler.de

Versicherungsrecht

Kanzlei	Ansprechpartner	Adresse	Kontaktdaten
Dr. Zacher-Röder | Eichner Rechtsanwälte	Claudia Eichner Fachanwältin für Versicherungsrecht	Leistenstr. 12 97082 Würzburg	Tel. 0931 / 85544 www.anwaltshaus-wuerzburg.de
Hamann Rechtsanwaltskanzlei	Christoph Klaus Hamann Master of Laws (LL.M.)	Am Schloss 1 97084 Würzburg	Tel. 0931 / 73048915 info@rechtsanwalthamann.de
Magers & Spieß Rechtsanwälte	Ulrich Spieß Fachanwalt für Verkehrsrecht	Manggasse 18a 97421 Schweinfurt	Tel. 09721 / 71610 info@magers-spiess.de

Erklärungszeile: DAA = Deutsche Anwalts Akademie, DAV = Deutscher Anwaltsverein, RA = Rechtsanwalt, FA = Fachanwalt, TS = Tätigkeitsschwerpunkt, IS = Interessenschwerpunkt, StB = Steuerberater, WP = Wirtschaftsprüfer, vBP = vereidigte Buchprüfer